

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34a Gewerbeordnung (Bewacher)

(Zutreffendes bitte ankreuzen) * Angaben sind freiwillig

1. Angaben zur Person

als Antragsteller/Antragstellerin

als gesetzliche Vertretung für Antrag stellende juristische Person (Hinweis: Sind mehrere Personen zur Vertretung berufen, ist Nummer 1 dieses Antrags für jede Person auszufüllen. Angaben zur juristischen Person bei Nummer 2)

Familiennamen		Geburtsname		Vorname(n)	
Geschlecht		Staatsangehörigkeit		deutsch	
<input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich				<input type="radio"/> andere _____	
Geburtsdatum		Geburtsort		Geburtsland	
Anschrift der Wohnung					
PLZ	Ort/Land/Staat, wenn nicht Deutschland		Straße, Hausnummer		
Telefon*	Handy*	Telefax*	E-Mail*		

Aufenthaltsorte in den letzten 5 Jahren

Zeitraum	Ort (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Land)		
von	bis		
von	bis		
von	bis		

Ausübung einer beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer/in einer juristischen Person, als persönlich haftende/r Gesellschafter/in einer Personengesellschaft oder als Inhaber/in eines Einzelunternehmens in den letzten fünf Jahren

Zeitraum	Name des Unternehmens, Anschrift		Tätigkeit
von	bis		
von	bis		
von	bis		

Anhängige Strafverfahren (Justizbehörde, Aktenzeichen) nein ja: _____

Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit – bei Antrag für juristische Person **auch** gegen diese (Behörde, Aktenzeichen) nein ja: _____

Anhängiges Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung und/oder Rücknahme- bzw. Widerrufverfahren einer gewerblichen Erlaubnis – bei Antrag für juristische Person **auch** gegen diese. nein ja: _____

Abgabe einer Vermögensauskunft beziehungsweise Haft zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten fünf Jahre – bei Antrag für juristische Person bzgl. dieser. nein ja: _____

Eröffnung eines Insolvenz- Vergleichsverfahrens bzw. Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse innerhalb der letzten fünf Jahre – bei Antrag für juristische Person bzgl. dieser. nein ja: _____



2. Angaben zum Unternehmen (bei juristischer Person als Antragstellerin)

Firma (Name des Unternehmens)			
Eintragung im Handels-/ Genossenschafts-/ Vereinsregister <u>ist erfolgt</u>		<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja, beim Amtsgericht in _____	Nummer der Eintragung
Hauptniederlassung			
PLZ	Ort/Land		Straße, Hausnummer
Telefon*	Handy*	Telefax*	E-Mail*

3. Angaben zu besonderen Anforderungen der Erlaubnis

Anzahl der Beschäftigten _____	Ist für Wachpersonen eine Dienstkleidung vorgesehen? <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja, Beschreibung _____
Die Haftpflichtversicherung besteht bei der Versicherung:	
Versicherungssumme für Personenschäden:	Versicherungssumme für Sachschäden:
Versicherungssumme für das Abhandenkommen bewachter Sachen:	Versicherungssumme für reine Vermögensschäden:
Versicherungssumme gesamt:	

4. Art der Tätigkeit, für die die Erlaubnis beantragt wird

Bewachungstätigkeit <input type="radio"/> ohne Einschränkung <input type="radio"/> beschränkt auf _____
--

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben wird versichert und der Zuverlässigkeitsüberprüfung zugestimmt.

Datum _____ Unterschrift des Antragstellers / der Antragstellerin bzw. der gesetzlichen Vertretung

Erforderliche Unterlagen

- Aktuellen Auszug aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister – bei juristischen Personen
- Bescheinigung in Steuersachen – für Antragsteller/in (früher: Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung) des Finanzamtes und des Gemeindesteueramtes.
- Kopie Personalausweis (Vor- und Rückseite) oder Reisepass mit Meldebescheinigung.
- Kopie des Nachweises¹⁾ über die erfolgreich abgelegte Sachkundeprüfung nach § 34a Gewerbeordnung oder anererkennungsfähige andere Nachweise für Antragsteller/in (bei juristischen Personen für gesetzliche Vertretung, soweit sie mit der Durchführung von Bewachungsaufgaben direkt befasst ist – ist keine gesetzliche Vertretung mit der Durchführung von Bewachungsaufgaben direkt befasst, muss zumindest eine Betriebsleiterin bzw. ein Betriebsleiter einen entsprechenden Nachweis haben).
- Nachweis der erforderlichen Haftpflichtversicherung gemäß § 6 Bewachungsverordnung.

Hinweise

- Das Erlaubnisverfahren ist kostenpflichtig.
- Zur Überprüfung der Zuverlässigkeit werden gemäß § 34a Gewerbeordnung mindestens eingeholt Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister und dem Bundeszentralregister sowie eine Stellungnahme der Polizei.
- Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten und selbständig oder nichtselbständig tätig werden wollen, benötigen einen hierzu berechtigenden deutschen Aufenthaltstitel, soweit sie nicht die Staatsangehörigkeit eines EU/EWR-Mitgliedstaates haben.
- Der Gewerbebetrieb darf erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden. Der Beginn ist gemäß § 14 Gewerbeordnung anzuzeigen (Gewerbe-Anmeldung). Zuwiderhandlungen können mit Geldbuße geahndet werden.

¹⁾ Ggf. ergänzen um die Vorlage des Originals zum Abgleich. Alternativ kann eine Nachfrage bei der ausstellenden IHK erfolgen.



Hinweisblatt für den Betroffenen zum Datenschutz bei der Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person (Antragsteller)

Landratsamt Landsberg am Lech Gewerberecht, Gesundheits- und Veterinärrecht, Lebensmittelkontrolle

Folgende Informationen sind Ihnen gem. Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) bei der Erhebung personenbezogener Daten mitzuteilen:

1. Die Daten werden in folgendem Zusammenhang erhoben (zu Art. 6 Abs. 1 DS-GVO):

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34a GewO (Bewachungsgewerbe)

2. Verantwortlich gem. Art. 13 Abs. 1a DS-GVO für die Datenerhebung ist:

Landratsamt Landsberg am Lech, von Kühlmann-Str. 15, Tel. Nr. 129 - 0, Email: poststelle@lra-ll.bayern.de

3. Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für das Landratsamt Landsberg

Landratsamt Landsberg am Lech, Datenschutzbeauftragter, von-Kühlmann-Straße 15, 86899 Landsberg;
Tel. 08191/129-1300; datenschutz@lra-ll.bayern.de

4a. Die Erhebung der Daten ist notwendig um (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

über Ihren Antrag entscheiden zu können und das Bewachungsgewerbe zu überwachen

4b. Ihre Daten werden aufgrund folgender Rechtsgrundlage erhoben und gespeichert (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

Art. 4 Abs. 1 BayDSG

5. Ihre Daten werden an folgende weitere zuständige Stellen weitergegeben (zu Art. 13 Abs. 1e DS-GVO):

Landratsamt Landsberg am Lech Kreiskasse; Polizei; Bundesamt für Justiz

Soweit ein zahlungswirksamer Vorgang vorliegt, werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Kreiskasse oder die Staatsoberkasse Bayern und die jeweils zuständigen Vollstreckungsbehörden übermittelt.

6. Ihre Daten werden nach der Erhebung für folgenden Zeitraum gespeichert (zu Art. 13 Abs. 2a DS-GVO):

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Landratsamt Landsberg am Lech so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gem. Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen für die Überwachung erforderlich ist. Dies sind derzeit 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, in welchem das Bewachungsgewerbe beendet wird.

Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

7. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Sie haben gegenüber dem Landratsamt Landsberg am Lech ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie ggf. auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten sowie ein etwaiges Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie eine etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit.

Desweiteren besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Sollten Sie notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann Ihr Antrag nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass z.B. über den Antrag nicht abschließend entschieden werden kann, keine Leistungen bewilligt werden können oder weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt Ihnen das Landratsamt Landsberg vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.

